



An den Grossen Rat

26.5262.02

GD/P265262

Basel, 9. September 2026

Regierungsratsbeschluss vom 8. September 2026

Schriftliche Anfrage Brigitte Kühne betreffend «PFAS-Belastung in Gewässern und Fischen im Kanton Basel-Stadt»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Brigitte Kühne dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sind eine grosse Gruppe synthetischer Chemikalien, die seit Jahrzehnten in zahlreichen industriellen Anwendungen eingesetzt werden, etwa in Feuerlöschschäumen, Kochgeschirr, Lebensmittelverpackungen, Beschichtungen, Textilien etc. Aufgrund ihrer aussergewöhnlichen Stabilität bauen sich diese Stoffe in der Umwelt kaum ab und werden deshalb häufig als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet. PFAS können sich in Böden, Gewässern und Organismen anreichern und gelangen über die Nahrungskette auch in den Menschen. Da sich PFAS in Fischen akkumulieren können, sind sie auch für die Fischerei und den Fischkonsum von Bedeutung. In der Schweiz haben einige Kantone Fisch-Verkaufsverbote und Konsumempfehlungen ausgesprochen (Zuger- und Hallwilersee). Im Kanton St. Gallen wurden Abschnitte einiger Gewässer nicht mehr verpachtet und im Kanton Wallis wurde im Stockalperkanal ein Fangverbot erlassen. Auch in der Region Basel-Stadt / Basel-Landschaft bestehen Empfehlungen, selbst gefangenen Fisch aus regionalen Gewässern nur eingeschränkt, respektive höchstens einmal im Monat zu konsumieren. Im Kanton Basel-Stadt bestehen Wissenslücken bezüglich der PFAS-Belastung von Gewässern und Fischen sowie möglicher Eintragsquellen. Diese stellen eine grosse Herausforderung dar. Die Beispiele zeigen, dass PFAS bereits heute konkrete Auswirkungen auf unsere Gewässer und die Fischerei haben. Der Regierungsrat wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Daten liegen explizit im Kanton Basel-Stadt zur Belastung von unseren Oberflächengewässern (Weiher und Flüsse), dem Grund- beziehungsweise Trinkwasser mit PFAS vor?
2. Wurde die in der Beantwortung der Interpellation (24.5147.02) geplante Methodenentwicklung um PFAS in Gegenständen zu bestimmen und somit den Eintrag der persistenten Stoffe in die Umwelt zu überwachen durch das Amt für Umwelt und Energie zwischenzeitlich umgesetzt?
3. Wurden im Kanton bereits Untersuchungen zur PFAS-Belastung von Lebensmitteln (Trinkwasser, Milch, Eier, Fleisch, Fisch) durchgeführt?
Falls ja: Welche Ergebnisse liegen vor?
4. Falls bisher keine oder nur begrenzte Untersuchungen durchgeführt wurden: Plant der Kanton Basel-Stadt entsprechende Untersuchungen?
5. Welche potenziellen PFAS-Eintragsquellen in Gewässer sind im Kanton bekannt (z.B. Feuerlöschübungsplätze, Industrieanlagen, Deponien oder Kläranlagen)?
6. Welche Massnahmen werden im Kanton Basel-Stadt ergriffen, um PFAS-Einträge in Gewässer zu reduzieren oder bekannte Belastungsquellen zu sanieren?

7. Wie beurteilt der Regierungsrat mögliche Risiken für den Fischkonsum aus kantonalen Gewässern?
8. Welche Informationsmassnahmen gegenüber Bevölkerung, Fischerei und Konsumentinnen und Konsumenten sind vorgesehen, falls erhöhte PFAS-Belastungen in Lebensmitteln festgestellt werden?

Brigitte Kühne»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu den einzelnen Fragen

1. *Welche Daten liegen explizit im Kanton Basel-Stadt zur Belastung von unseren Oberflächengewässern (Weiher und Flüsse), dem Grund- beziehungsweise Trinkwasser mit PFAS vor?*

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) sucht gezielt nach PFAS im Grundwasser. Die Messungen werden jährlich im Mai wiederholt und werden auf der Webseite des AUE publiziert. Im Sinne des Grundwasser- und Trinkwasserschutzes wird aktuell den Ursachen der Belastungen bei erhöhten Konzentrationswerten im Grundwasser nachgegangen, um mögliche Eintragspfade ins Gewässer zu ermitteln und zu unterbinden. Von Interesse sind aktuelle und ehemalige Industrie- oder Gewerbestandorte sowie Unfallereignisse wie Grossbrände, bei denen PFAS-haltige Löschschäume verwendet wurden. In den nächsten Jahren werden hierzu systematisch die belasteten PFAS-Standorte identifiziert und im Kataster der belasteten Standorte erfasst.

Das AUE führt auch PFAS-Messungen in Oberflächengewässern durch und es zeigte sich, dass in allen Fliessgewässer-Proben PFAS nachgewiesen werden konnte. Die PFAS-Konzentrationen lagen aber deutlich unter den im Grundwasser an einzelnen Standorten nachgewiesenen Spitzenkonzentrationen.

Das Kantonale Laboratorium (KL) prüft in Zusammenarbeit mit dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen des Kantons Basel-Landschaft (ALV BL) regelmässig die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen PFAS-Höchstwerte im Trinkwasser. Die Messresultate werden auf der Webseite des KL jährlich publiziert und stimmen mit den von den Industriellen Werken Basel (IWB) durchgeführten Messungen überein. Dank der Aktivkohlefiltration in den Trinkwasseraufbereitungsanlagen Lange Erlen und Hardwald werden die geltenden Höchstwerte deutlich eingehalten. Selbst bei Anwendung der strengeren EU-Grenzwerte weist das Basler Trinkwasser hinsichtlich PFAS eine hervorragende Qualität auf.

2. *Wurde die in der Beantwortung der Interpellation (24.5147.02) geplante Methodenentwicklung, um PFAS in Gegenständen zu bestimmen und somit den Eintrag der persistenten Stoffe in die Umwelt zu überwachen durch das Amt für Umwelt und Energie zwischenzeitlich umgesetzt?*

Das KL hat eine Methode entwickelt, mit der die Gesamt-PFAS-Konzentration in Gegenständen bestimmt werden kann. Derzeit wird diese Methode zu Screeningzwecken eingesetzt, da bisher keine Höchstwerte für die Gesamtkonzentration, sondern lediglich für einzelne PFAS-Verbindungen festgelegt sind. Ab dem Jahr 2027 werden jedoch neue Höchstwerte für die Gesamt-PFAS-Konzentration in Verpackungsmaterialien gelten, sodass die Methode künftig auch für Vollzugszwecke eingesetzt wird. Mit der Untersuchung von PFAS in Gegenständen leistet das KL einen wirksamen Beitrag zur Begrenzung von PFAS-Einträgen in die Umwelt und schliesst zugleich eine Lücke, da in diesem Bereich bisher schweizweit erhebliche Ressourcen- und Kompetenzdefizite bestanden.

Ein allfälliges weitgehendes PFAS-Verbot, wie es derzeit in der EU diskutiert wird, könnte ebenfalls mit der am KL entwickelten Methode überwacht werden. Der Zeitpunkt einer möglichen Einführung eines solchen Verbots lässt sich derzeit jedoch noch nicht abschätzen.

Parallel dazu begleitet das KL ein vom Bundesamt für Umwelt finanziertes Forschungsprojekt an der Universität Basel. Ziel dieses Projektes ist es, die Identifikation und Quantifizierung einzelner PFAS-Verbindungen in Gegenständen mittels Kernspinresonanzspektroskopie (NMR). Dieses Analysegerät zeigt bisher vielversprechende Ergebnisse.

3. *Wurden im Kanton bereits Untersuchungen zur PFAS-Belastung von Lebensmitteln (Trinkwasser, Milch, Eier, Fleisch, Fisch) durchgeführt? Falls ja: Welche Ergebnisse liegen vor?*

Der Kanton Basel-Stadt führt selbst keine PFAS-Messungen in Lebensmitteln durch, er arbeitet in diesem Bereich aber eng mit dem Kanton Basel-Landschaft zusammen. Das KL erhebt regelmässig Lebensmittelproben im Kanton Basel-Stadt und lässt diese durch das ALV BL sowie teilweise durch andere kantonale Laboratorien auf PFAS untersuchen. Seit dem Jahr 2023 wird das Trinkwasser jährlich überprüft. Im Jahr 2024 wurden Fische aus den Gewässern beider Basel untersucht. Darüber hinaus wurden im Jahr 2025 im Rahmen einer nationalen Kampagne Eier, Fleisch und Fisch hinsichtlich ihrer PFAS-Belastung analysiert. Im Jahr 2026 wurden zudem die Milchproduzenten im Kanton kontrolliert, obwohl für Milch und Milchprodukte derzeit noch keine Höchstwerte festgelegt sind.

Die bisherigen Resultate weisen auf eine gute Qualität des Trinkwassers hin. Die nationale Kampagne 2025 zeigte zudem, dass die Höchstwerte für PFAS in Eiern, Fleisch und Fisch auf dem Schweizer Markt weitgehend eingehalten werden. Von rund 900 untersuchten Proben mussten lediglich sieben beanstandet werden. Besorgniserregender präsentiert sich die Situation bei Fischen aus lokalen Gewässern: Die Untersuchungen ergaben, dass etwa jeder achte Fisch aufgrund seiner PFAS-Belastung nicht in den Verkehr gebracht werden dürfte. Bei den Untersuchungen von Milch wurde bei einem Betrieb im Kanton Basel-Stadt eine leichte Überschreitung des in der EU geltenden Richtwerts festgestellt. Zur weiteren Abklärung sind noch im laufenden Jahr zusätzliche Untersuchungen vorgesehen.

4. *Falls bisher keine oder nur begrenzte Untersuchungen durchgeführt wurden: Plant der Kanton Basel-Stadt entsprechende Untersuchungen?*

Auch künftig plant der Kanton Basel-Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft weitere jährliche Kontrollkampagnen.

5. *Welche potenziellen PFAS-Eintragsquellen in Gewässer sind im Kanton bekannt (z.B. Feuerlöschübungsplätze, Industrieanlagen, Deponien oder Kläranlagen)?*

Dem Regierungsrat sind derzeit mehrere potenzielle PFAS-Eintragsquellen in Gewässern bekannt. Dazu gehören Feuerlöschübungsplätze und Brandereignisse, Industrie- und Gewerbestandorte sowie die Kläranlage. Unklar ist noch, wie gross der Einfluss von diffusen urbanen Einträgen aus Siedlung und Verkehr ist.

Die Feuerwehr Basel-Stadt verwendet seit dem 1. Januar 2022 keine PFAS-haltigen Löschschäume mehr. Der letzte grosse Einsatz, bei welchem PFAS-haltiger Löschschaum eingesetzt wurde, war im Juli 2018. Beim Grossbrand in der Rheingasse im Juli 2019 wurde eine geringe Menge an PFAS-haltigem Löschschaum als Netzmittel eingesetzt.

6. *Welche Massnahmen werden im Kanton Basel-Stadt ergriffen, um PFAS-Einträge in Gewässer zu reduzieren oder bekannte Belastungsquellen zu sanieren?*

Das AUE überwacht PFAS systematisch im Grund- und Oberflächenwasser, um Belastungen frühzeitig zu erkennen und deren Entwicklung zu verfolgen. Gleichzeitig werden PFAS-Aspekte

zunehmend in den Altlasten- und Abfallvollzug integriert. Dazu wurde unter anderem ein spezifisches Merkblatt für den Altlastenvollzug erarbeitet. Bei Verdacht werden belastete Standorte gezielt auf PFAS untersucht. PFAS-haltiger Aushub und Abfall werden gesondert beurteilt und müssen fachgerecht entsorgt werden. Zudem werden PFAS bei der Untersuchung, Überwachung und gegebenenfalls auch bei der Sanierung belasteter Standorte berücksichtigt.

Trotz dieser Massnahmen werden PFAS gegenwärtig noch in zahlreichen Anwendungen eingesetzt und gelangen dadurch weiterhin in die Umwelt. Nachträgliche Massnahmen zur Reduktion oder Sanierung bestehender Belastungen sind zwar notwendig, erweisen sich jedoch häufig als technisch anspruchsvoll, kostenintensiv und nur begrenzt wirksam. Aus Sicht des Umweltschutzes ist deshalb die vorsorgliche Vermeidung von PFAS-Einträgen von zentraler Bedeutung. Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem derzeit laufenden Beschränkungsverfahren der EU sowie der Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans zu, die darauf abzielen, den Einsatz dieser Stoffe an der Quelle zu reduzieren und zukünftige Belastungen zu verhindern. Dieser nationale Aktionsplan wird derzeit vom UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) erarbeitet und wird diesen bis Ende des Jahres 2027 dem Bundesrat vorlegen.

7. *Wie beurteilt der Regierungsrat mögliche Risiken für den Fischkonsum aus kantonalen Gewässern?*

Eine entsprechende Kommunikation wurde durch das Gesundheitsdepartement mit einer Medienmitteilung am 24. September 2024 veröffentlicht¹. Freizeitangler*innen wird, basierend auf den vorgefundenen PFAS-Konzentrationen und aus toxikologischen Überlegungen, empfohlen, maximal einmal pro Monat selbst gefangenen Fisch aus Gewässern beider Basel zu essen.

8. *Welche Informationsmassnahmen gegenüber Bevölkerung, Fischerei und Konsumentinnen und Konsumenten sind vorgesehen, falls erhöhte PFAS-Belastungen in Lebensmitteln festgestellt werden?*

Bei Höchstwertüberschreitungen in Lebensmitteln greifen die Mechanismen des Lebensmittelrechts. Werden gesundheitsgefährdende Produkte festgestellt, die bereits an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben wurden, ist der verantwortliche Inverkehrbringer verpflichtet, diese zurückzurufen. Wird eine Belastung hingegen bereits vor dem Inverkehrbringen erkannt, dürfen die betroffenen Produkte nicht in den Handel gelangen und werden aus dem Verkehr gezogen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

¹ Chemikalie PFAS in Fischen | Kanton Basel-Stadt